

# Welt der Arbeit

Ausgabe 29

www.weltderarbeit.de

10. Mai 2006

## WdA im Mai

## Schafft der DGB die Wende?

Man möchte sagen: Die Folgen der neoliberalen, also arbeitnehmer- und rentnerfeindlichen Politik sind erschöpfend beschrieben und analysiert worden (auch in der *WdA*). Die Zeit für eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist längst gekommen. Es ist zu hoffen, dass sie vom DGB-Bundeskongress in diesem Monat endlich eingeleitet wird! Doch noch tagen die Delegierten nicht. Deshalb enthält auch diese Ausgabe der *WdA* wieder Kritisches zur aktuellen Politik, darunter über: Hedgefonds, Familienpolitik, Praktikantenausbeutung, Hartz IV, Konzerngewinne und Desinformationen der Verbraucher/innen. Und wieder wird auch in die Geschichte zurück geblickt. Das ist kein Selbstzweck; das soll vielmehr ermutigen. Denn es gab Zeiten, die für die deutsche Arbeiterbewegung ungleich schwerer waren als heute – Zeiten, in denen trotzdem gekämpft wurde, zum Beispiel um die Gründung der ersten Gewerkschaften.

### Die Themen im Einzelnen

Seite 1

**Schafft der DGB die Wende?**

Seite 2

**Nachrichten, ...und Frau von der Leyen lächelt**

Seite 3

**Neuerscheinungen, Schattenwirtschaft Praktikum**

Seite 4

**Streikstrategien, Kapitalismus pur**

Seite 5

**Zur Erinnerung an Wolfgang Abendroth: Partisanenprofessor im Land der Mitläufer**

Seite 6

**Fußball war einmal ein Arbeitersport**

Seite 7

**Blick zurück: 140 Jahre Buchdruckerverband**

Seite 8

**Deutschland is(s)t unmündig, DGB-Rechtsschutz erstritt 444 Millionen Euro**

Seite 9

**Kreditpiraten, Buchtipps, Kommentar, Impressum**

Gewerkschaften stehen für Solidarität und Gerechtigkeit. Sie haben in der Vergangenheit die Arbeitsbeziehungen und die gesellschaftliche Entwicklung wesentlich mitgestaltet. Seitdem sich die Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals verändern, der Sozialabbau dramatisch zunimmt, wächst auch der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften. Solidarität zu organisieren wird unter den Bedingungen des Neoliberalismus immer schwieriger, aber auch immer wichtiger.

Der DGB-Bundeskongress, der vom 22. bis 26. Mai in Berlin stattfindet, muss zukunftsweisende Beschlüsse fassen. Dabei muss auch deutlich werden, ob es zwischen den Einzelgewerkschaften übereinstimmende Vorstellungen zur Überwindung der herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnisse gibt. Wollen die Gewerkschaften zukünftig den Zustand unserer Gesellschaft offensiver thematisieren oder verstehen sie sich weiterhin lediglich als Korrektiv im Rahmen der herrschenden Ordnung? Welche Vorstellungen gibt es im DGB von der Zukunft unserer Gesellschaft? Was muss sich grundlegend ändern? Auf diese Fragen muss der Kongress Antworten finden!

Auf keinen Fall darf es darum gehen, sich bei der Bewältigung der ständig wachsenden Probleme stets nur mit der Wahl des kleineren Übels zufrieden zu geben. Auch sollte klar sein, dass mit alten Konzepten weder die gewerkschaftliche Kampfkraft neu zu gewinnen ist, noch die Ursachen der gegenwärtigen Zustände beseitigt werden können. Entscheidend für Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften ist ihr Umgang mit veränderten Realitäten in Betrieben und Gesellschaft. Die gesellschaftspolitischen Verhältnisse

müssen verändert werden. Dazu ist Gegenmacht erforderlich. Sie zu organisieren, ist derzeit wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften! Sonst verlieren sie vor lauter Bemühen um Dialog und Konsens ihre politischen Ziele gänzlich aus den Augen – und das in einer Phase der erneuten Brutalisierung und der totalen Kommerzialisierung unserer Gesellschaft durch das Kapital.

Notwendig ist ein starker DGB. Der DGB als Mitgliedergewerkschaft, der unter seinem Dach Fachgewerkschaften mit konkret definierten Zuständigkeiten vereint, – das wäre die beste Voraussetzung für kraftvolle und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit. Leider sind von dieser Einheit die Gewerkschaften in Deutschland weit entfernt.

Die zahlreichen Gastredner des Kongresses, vom Bundespräsidenten bis zur Bundeskanzlerin, werden wieder einmal die Bedeutung und Verantwortung der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft betonen. Das ist natürlich auf eine bestimmte Wirkung hin kalkuliert. Derartige Streicheleinheiten gibt es auch nur, solange die Gewerkschaften für die Herrschenden ungefährlich sind. In Frankreich und Italien sieht das schon ganz anders aus.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten von den Gewerkschaften klare politische Alternativen. Erst wenn die beschlossen sind, kann in der Mitgliedschaft und vielleicht sogar darüber hinaus die Bereitschaft zum Widerstand gegen die etablierte neoliberale, also unsoziale Politik wachsen! Diesen Zusammenhang sollten die Delegierten des DGB-Bundeskongresses klar machen. Dann kann aus Unbehagen Kampfgeist entstehen.

Franz Kersjes

## ...und Frau von der Leyen lächelt

Es ist kein ehernes Gesetz, dass Kinder Frauenkarrieren knicken, denn: Wo es bei Frauen in Europa die höchste Beschäftigungsquote gibt, da gibt es auch die meisten Kinder. Das trifft für Frankreich, Schweden, Finnland zu – für Deutschland nicht. Hier wirken wohlmeinende Gesetze als Karrierekiller. Mutterschafts- und Erziehungsurlaub, Elterngeld, Anspruch auf Teilzeitarbeit und freie Tage bei Krankheit von Kindern sind mitverantwortlich dafür, dass sich Frauen „in der Fürsorgefalle“ befinden (wie die *Süddeutsche Zeitung* kürzlich titelte).

Die erwähnten Gesetze sollten die Geburtenrate steigern, fördern de facto aber das Gegenteil. Beispiel Teilzeitarbeit: Falls erwerbstätige Mütter diesen Anspruch überhaupt durchsetzen können, verdienen sie seit Jahrzehnten 40 Prozent weniger als Teilzeit arbeitende Männer. Das fördert die Gebärfreude nicht und lässt schon junge Mädchen darüber grübeln, ob sie jemals Nachwuchs in die Welt setzen wollen. Wenn Frauen obendrein allein erziehend sind, ist die Lage noch dramatischer: Die Kinderarmut steigt; die Rentenerwartung der Mütter schrumpft. Auch in Frankreich, Schweden und Finnland gibt es Mutterschutz und Elternzeit. Aber dort hat man, besonders aber frau, ein erheblich entspannteres Verhältnis zu Mutterschaft und Kinderaufzucht. Dort kennt man keine ‚Rabenmütter‘; weil Berufsarbeit aller Erwerbsfähigen der Normalfall ist; und deshalb folgt dort dem Kinderkriegen nicht automatisch der Druck weg vom Arbeitsplatz.

Hierzulande kommt es oft nicht einmal zur Durchsetzung des

gesetzlichen Anspruchs auf vorübergehende Teilzeitarbeit; sie wird erwerbstätigen Müttern häufig schlichtweg verweigert. Und es ist noch schlimmer: Beim Berliner Landesamt für Arbeits- und Gesundheitsschutz wurde (wie das TV-Magazin *Frontal21* berichtete) festgestellt, „dass in den vergangenen sechs Jahren die Zahl der gekündigten oder zur Kündigung vorgesehenen Schwangeren sich etwa verdoppelt“ habe – gar nicht zu reden von der mutmaßlich hohen Dunkelziffer. Bundesweit stiegen zwischen 1999 und 2004 die Anträge von Firmen auf Kündigung während Mutterschutz oder Elternzeit um etwa 20 Prozent. Oft musste diesen Anträgen stattgegeben werden; aber, so das Berliner Landesamt, in knapp der Hälfte der Fälle „waren die Anträge nicht gerechtfertigt; unter fadenscheinigen Gründen sollten die Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden“.

Gern versuchen Unternehmen, die fadenscheinigen Gründe mit dem Angebot von Auflösungsverträgen und Abfindungen zu garnieren. Frauen, die sich dann weigern, ihren Arbeitsplatz zu verkaufen, bekommen (so ein Fall aus der *Frontal*-Sendung) dann doch einen Teilzeitarbeitsplatz angeboten – zu einer Tageszeit, in der keine Kindertagesstätte mehr offen ist. Viele Frauen geben schließlich den Kampf um ihr gutes Recht entnervt auf, akzeptieren mit der Abfindung notgedrungen den Spatz in der Hand und verschwinden vom Arbeitsmarkt in die beschäftigungspolitische Reservearmee. Dort kennen sie sich aus; da waren sie ja schon immer.

Anna Riedel

## Nachrichten

### Spitzelgesetz verabschiedet

Bezieher des Arbeitslosengeldes (ALG) II werden künftig noch schärfer überwacht und kontrolliert. Die Bundesregierung hat ein so genanntes Hartz-IV-Optimierungsgesetz verabschiedet, um bei den Arbeitslosen Milliarden einzusparen. Die mehr als 50 Änderungen sollen am 1. August in Kraft treten. Ab 2007 werden für den Bund jährliche Einsparungen von 1,2 Milliarden Euro und für die Gemeinden rund 300 Millionen Euro erwartet.

### Hartz-Klausel gekippt

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Befristung eines Arbeitsvertrages zulässig, wenn sie durch einen sachlichen Grund gerechtfertigt ist. Dazu sieht das Gesetz allerdings Ausnahmen vor. So ist u.a. der Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrages mit einem Arbeitnehmer, der bei Beginn des befristeten Arbeitsverhältnisses des 52. Lebensjahr vollendet hat, ohne sachlichen Grund zulässig, wenn zu einem vorhergehenden unbefristeten Arbeitsvertrag mit demselben Arbeitgeber kein enger sachlicher Zusammenhang besteht.

Der Europäische Gerichtshof hat am 22. November 2005 entschieden, dass die vorgesehene Befristungsmöglichkeit eine nach Gemeinschaftsrecht unzulässige Diskriminierung wegen des Alters darstellt und die Vorschrift von den nationalen Gerichten nicht angewendet werden darf. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofes bestätigt (*Aktenzeichen: 7 AZR 500/04*). Damit sind auf diese Hartz-Klausel gestützte bestehende Befristungen unwirksam. Die betroffenen Arbeitnehmer/innen müssen weiterbeschäftigt werden.

## Neuerscheinungen

Werner Rügemer  
**Privatisierung in Deutschland**  
 Von der Treuhand zu Public  
 Private Partnership. Eine Bilanz  
*Verlag Westfälisches Dampfboot,*  
*200 Seiten, 24,90 Euro*

Besser, billiger, bürgernäher!  
 Öffentliche Haushalte entlasten!  
 – Nach diesem neoliberalen  
 Glaubensbekenntnis wird privati-  
 siert. Werner Rügemer zieht zum  
 ersten Mal eine empirisch be-  
 gründete Bilanz für Ost- und  
 Westdeutschland und legt offen:  
 Die Privatisierung von Medien,  
 Post, Bahn, Rathäusern, Schu-  
 len, Müllentsorgung, Strom,  
 Wasser und der Sozialsysteme  
 erweist sich als neue Quelle der  
 öffentlichen Verschuldung, der  
 Arbeitslosigkeit, der Teuerung.  
 Die Privatisierung der DDR gab  
 den Schub für die Privatisierung  
 im Westen, die Akteure sind die-  
 selben. Rügemer zeigt Privatisie-  
 rung als Element der „neoliberalen  
 Gegenreform“ und der Um-  
 gründung des Staates.

Hans Dieter Baroth  
**Nie mehr Wattenscheid oder:  
 Merkel trägt kein Toupet**  
*assovertag, 400 Seiten, 19,90 Euro*

Die Geschichte eines Allround-  
 Journalisten, der das politische  
 Tagesgeschäft seziert und bissig  
 kommentiert. Nahezu beiläufig  
 ermöglicht der Autor seinen Le-  
 sern einen bisher für Außenste-  
 hende unbekanntem Blick hinter  
 die Kulissen des zynischen Me-  
 diengeschäfts. Mit seinem neuen  
 Buch hat Hans Dieter Baroth  
 einen ebenso frechen und re-  
 spektlosen wie polemisch-  
 witzigen Roman vorgelegt, der  
 über die tagesaktuellen Satiren  
 hinaus die Strukturen des Polit-  
 und Mediengeschäfts entlarvt.

## Schattenwirtschaft Praktikum

# Ausbeutung auf hohem Niveau

Viele Hochschulabsolventen fin-  
 den nach Abschluss ihres Studi-  
 ums keine feste Anstellung. Häu-  
 fig landen sie erst einmal in einer  
 prekären Beschäftigungssituation.  
 Immer mehr reguläre Arbeitskräfte  
 werden durch Praktikanten er-  
 setzt, für die keine Steuern und  
 Sozialversicherungsbeiträge ge-  
 zahlt werden müssen. Aus Angst  
 vor Arbeitslosigkeit und in der  
 Hoffnung auf eine spätere Über-  
 nahme in ein ordentliches Arbeits-  
 verhältnis lassen sich viele Stu-  
 dienabgänger auf miserable Ar-  
 beitsbedingungen ein. Sie erhal-  
 ten statt Lohn häufig höchstens  
 ein Taschengeld; und meistens  
 schließen die Unternehmen ihre  
 Übernahme in ein reguläres Ar-  
 beitsverhältnis von vornherein  
 aus.

Der Arbeitsmarktexperte Jürgen  
 Keßler stellte in einem Fernsehinter-  
 view fest, dass durch Praktika  
 ein Schattenarbeitsmarkt entstan-  
 den sei. Deutsche Firmen strei-  
 chen feste Jobs und ersetzen sie  
 durch so genannte Praktika. Da-  
 mit sparen sie Personalkosten,  
 profitieren gleichzeitig aber von  
 hoch qualifizierten Leuten. In ihren  
 Stellenanzeigen beschreiben die  
 Firmen ganz unverblümt, welche  
 hohen Leistungen sie von ihren  
 Praktikanten erwarten.

Arbeiten für Löhne weit unter  
 Hartz IV-Niveau - das ist für die  
 rund 800.000 Praktikanten in  
 Deutschland fast der Regelfall.  
 Auch bei großen Konzernen wie  
 BMW werden qualifizierte Arbeits-  
 kräfte zum Schnäppchenpreis  
 gesucht. „Was mich eigentlich  
 wundert, dass von Seiten der  
 Betriebsräte noch nie eine Inter-  
 vention gekommen ist. Denn es  
 muss doch auch für die Betriebs-  
 räte offensichtlich sein, dass hier

statt Stellenbesetzung das Out-  
 sourcing gewisser Tätigkeiten auf  
 Praktikanten stattfindet“, meint  
 Prof. Keßler.

Mit „fairwork“ hat sich eine Inter-  
 essenvertretung von Hochschul-  
 absolventen gebildet. Sie will  
 dagegen vorgehen, „dass Firmen  
 normale Vollzeitarbeitsplätze nur  
 noch mit Praktikanten besetzen.  
 Denn die so genannten Praktika  
 sind oft keine Praktika. Der Stu-  
 dienabgänger ersetzt eine volle  
 Arbeitskraft“. Deshalb fordert  
 „fairwork“ einen Mindestlohn für  
 Hochschulabsolventen im Prakti-  
 kum, die Einhaltung gesetzlicher  
 Regelungen zu Arbeitszeiten,  
 Überstunden, Urlaub etc. und die  
 Begrenzung der Praktikumsdauer  
 auf höchstens vier Monate.

Auch der DGB unterstützt die  
 Hochschulabsolventen und hat in  
 Zusammenarbeit mit der Hans-  
 Böckler-Stiftung eine Studie zur  
 „Generation Praktikum“ in Auftrag  
 gegeben. Nach einem Zwischen-  
 bericht nimmt die Zahl der Hoch-  
 schulabsolventen, die nach dem  
 Studium keine feste Anstellung  
 finden, stetig zu. Immer mehr  
 Hochschulabsolventen sind be-  
 reit, schlecht bezahlte Praktika  
 anzunehmen. 39 Prozent der  
 bisher Befragten erhalten wäh-  
 rend ihres Praktikums trotz Voll-  
 zeitarbeit überhaupt keine Be-  
 zahlung. Viele klagen über Aus-  
 beutung, und fast die Hälfte gab  
 an, trotz Vollzeitjob keinen Lohn  
 zu erhalten. Wenn die Eltern sie  
 finanziell nicht unterstützen kön-  
 nen, holen sie sich das Geld zum  
 Leben von der Bundesagentur für  
 Arbeit. So finanziert der Staat die  
 Privatwirtschaft.

Weitere Informationen im Internet unter  
[www.studentsatwork.org](http://www.studentsatwork.org)  
[www.fairwork-verein.de](http://www.fairwork-verein.de)  
[www.generation-p.org](http://www.generation-p.org)

## Streikstrategien

Zur Vorbereitung einer Tarifaueinandersetzung gehört nicht nur eine sorgfältige Analyse der Kräfteverhältnisse, sondern auch eine gründliche Diskussion mit den Gewerkschaftsmitgliedern über die Fähigkeit und Bereitschaft, den Konflikt mit den Gegnern erfolgreich auszutragen. Sicherlich: Die Gewerkschaften befinden sich tarifpolitisch in der Defensive und können sich die Situation nicht aussuchen. Umso wichtiger ist es deshalb, die wirkungsvollste Streikstrategie anzuwenden.

Ein wochenlanger Flächenstreik erhöht die gewerkschaftlichen Durchsetzungschancen nur dann, wenn sich die Mehrzahl der Beschäftigten am Arbeitskampf beteiligt und wesentliche Streikbruchaktivitäten verhindert werden können. Unverantwortlich ist der Versuch, mit relativ wenigen Belegschaften und nur einem Teil der betroffenen Beschäftigten die tariflichen Ziele durch Streik zu erreichen. Die Niederlage für die Gewerkschaft dürfte absehbar sein.

Mit einem großen Schlag allein, mag er noch so wuchtig und eindrucksvoll sein, können Gewerkschaften Arbeitskämpfe kaum gewinnen. Notwendig geworden ist eine Arbeitskampfführung, die den Gegner verunsichert und zermürbt. Gewerkschaften brauchen eine Strategie des langen Atems. Schon in den 90er Jahren wurde eine Strategie der Kurz- und Wechselstreiks entwickelt und verfeinert. Kurzfristige und überraschende Arbeitsniederlegungen zum richtigen Zeitpunkt und an der richtigen Stelle machen den Arbeitskampf für die Unternehmer unberechenbar. Es muss für sie unkalkulierbar sein, wann, wo und wie lange Streikaktionen stattfinden, denn das erschwert ihre Gegenmaßnahmen.

Noch wirkungsvoller sind Kurzstreiks in Form von Rollstreiks. Dazu ein Beispiel aus früheren Arbeitskämpfen in der Druckindustrie: Kurzfristig werden die Beschäftigten einer bestimmten Abteilung oder Schicht zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Die Streikaktion dauert oft nur wenige Stunden. Danach tritt eine andere Gruppe oder Abteilung in den Ausstand. Oft kann dadurch die gesamte Produktion im Betrieb lahm gelegt werden. In sensiblen Betriebsbereichen genügen manchmal nur wenige Beschäftigte, um mit einer einzigen Aktion sämtliche Arbeitsabläufe zu blockieren. Der Einsatz von Streikbrechern durch die Geschäftsleitung ist in solchen Situationen nahezu ausgeschlossen.

Die richtige Streikstrategie ist in jedem Arbeitskampf von entscheidender Bedeutung. Die Verständigung über flexible Maßnahmen ist aber nicht leicht. Die gewerkschaftlichen Streikleitungen können Kurz- und Wechselstreiks nicht einfach anordnen; das kann nur schief gehen. Voraussetzung für Streikstrategien der oben beschriebenen Art sind gründliche Gespräche in der jeweiligen Belegschaft zur Förderung ihrer Beteiligungsbereitschaft. Konkrete Beispiele können zur Ermutigung beitragen. Am Anfang aber stehen Aufklärung und Verständigung über die verschiedenen Arbeitskampfstrategien. Die Wahl der Kampfmittel muss rechtzeitig diskutiert werden: Sitz-, Roll-, Wechsel-, Teil- und Schwerpunktstreiks, Demonstrationstreiks, regionale oder zentrale Vollstreiks. Die Unberechenbarkeit und das Überraschungsmoment dieser Kampfstrategien können erwiesenermaßen als wirksame Waffen gegen Unternehmermacht erfolgreich sein.

*Franz Kersjes*

## Kapitalismus pur

**Deutsche Bahn:** Der Konzern beschäftigte zum Jahreswechsel mit 216.400 Mitarbeitern erneut fast 10.000 Menschen weniger. Die Vorstandsbezüge stiegen dagegen um 56 Prozent auf 14,7 Millionen Euro.

**Die Konzerne** schwimmen im Geld. Allein die im Deutschen Aktienindex (DAX) notierten 30 Großkonzerne sollen in ihren Kriegskassen über 120 Milliarden Euro angesammelt haben. Da die Absatzmärkte in Europa und Nordamerika aber weitgehend gesättigt sind, können die Unternehmen nur noch wachsen, indem sie Konkurrenten aufkaufen.

**12 Millionen Sklaven:** Nach Angaben des Kinderhilfswerks „terre des hommes“ leben weltweit rund 12,3 Millionen Menschen als Sklaven. Die Hälfte von ihnen seien Kinder und Jugendliche. „Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und Menschenhandel ermöglichen skrupellosen Geschäftemachern internationalen Schätzungen zufolge einen jährlichen Profit von mehr als 40 Millionen US-Dollar“, erklärte die Organisation. Auch in den Industriestaaten lebten nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation etwa 360.000 Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen, in Deutschland rund 15.000. Sie seien Opfer von Menschenhandel und arbeiteten in der Prostitution, auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder in Haushalten, so das Hilfswerk weiter. Die meisten Zwangsarbeiter leben den Angaben zufolge in Asien. (epd/ND)

### Zur Erinnerung an Wolfgang Abendroth

## Partisanenprofessor im Land der Mitläufer

Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter fühlen sich noch heute einem Mann verbunden, den sie als Wissenschaftler und Sozialisten an der Seite der Arbeiterbewegung erlebt haben: Wolfgang Abendroth. Sein Geburtstag jährte sich am 2. Mai zum 100. Mal. Er starb am 15. September 1985.

Als Sohn überzeugter Sozialdemokraten in Wuppertal geboren, wurde Abendroth schon früh in der proletarischen Jugendbewegung aktiv und trat als einer der Führer der „Freien Sozialistischen Jugend“ für gemeinsames politisches Handeln der gesamten Arbeiterjugend ein. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre bestand er 1930 die erste juristische Staatsprüfung; seinen Doktorhut erlangte er 1935 in der Schweiz mit einer Arbeit über ein völkerrechtliches Thema. Doch schon vorher, nach der so genannten Machtübernahme der Nationalsozialisten, durfte er als Jurist in Deutschland nicht mehr arbeiten. 1937 wurde Wolfgang Abendroth wegen seiner Widerstandstätigkeit der Prozess gemacht. Das Urteil: vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre ‚Ehrverlust‘. 1943 wurde er aber nicht in die Freiheit entlassen, sondern ins berüchtigte Strafbataillon 999. Er galt als „bedingt wehrwürdig“ und sollte auf Lemnos gegen die griechische Partisanenbewegung kämpfen. Das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte er in britischer Gefangenschaft.

Nach seiner Entlassung wirkte Wolfgang Abendroth als Professor der Rechtswissenschaft in Leipzig und Jena, 1948 als Gründungsrektor und Professor für Öffentliches Recht und Politik an

der neu gegründeten „Hochschule des zweiten Bildungsweges“ in Wilhelmshaven. Drei Jahre später berief ihn die Universität Marburg zum Ordinarius für Politikwissenschaft. Jürgen Habermas, der sich in Marburg mit Abendroths Unterstützung habilitieren konnte, nannte ihn den „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“ und bezog sich dabei auf dessen „Lebensgeschichte, auf deren Folie wohl mancher die eigene Vergangenheit schonungsloser zu Bewusstsein bringen könnte als es die Konvention verlangt“.

„Als Historiker der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung hat er in der BRD vor allem deshalb als Bahnbrecher und Anreger gewirkt, weil er die Arbeiterbewegung in ihrer ganzen Breite – ohne die damals übliche Ausgrenzung der Kommunisten – zum Gegenstand der Forschung machte, den weder SPD noch KPD zuzuschlagenden ‚Zwischengruppen‘ der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik zu ihrem historischen Recht verhalf und die Historiographie der Arbeiterbewegung mit dem materialistischen Ansatz der Sozialgeschichtsschreibung verband“ (*Heinz Jung in ‚Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus‘, Band 1, Seite 26*). Wolfgang Abendroth machte also die Geschichte der Arbeiterbewegung zum Thema von Forschung und Lehre.

Nach seiner 1972 erfolgten Emeritierung hielt Abendroth an der gewerkschaftlichen „Akademie der Arbeit“ Vorlesungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Er unterstützte die außerparlamentarischen Massenbewegungen gegen die Wiederbewaffnung und die Atomrüstung, gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg

und die Berufsverbote. Er gehörte zu den Gründern des „Sozialistischen Bundes“ und wurde zusammen mit Ernst Bloch, Ossip K. Flechtheim und Erich Kästner auch Mitglied des Kuratoriums der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch“.

Bei so vielfältigem politischem Engagement erschien es fast selbstverständlich, dass Abendroth Ende der Sechzigerjahre auch die Studentenbewegung unterstützte und sich an zahlreichen sozialistischen Aktivitäten beteiligte. „Zu einem Höhepunkt seines öffentlichen Wirkens wurde im Dezember 1957 sein Auftritt im Landesverratsprozess gegen Victor Agartz (1897-1964) vor dem Bundesgerichtshof. Es ging in diesem Prozess nicht nur um den Vorwurf, Agartz habe die von ihm herausgegebene ‚WISO-Korrespondenz‘ auch mit Sammelabonnements des FDGB der DDR finanziert, sondern auch um den Versuch, nach dem KDP-Verbotsurteil von 1956 zur Kriminalisierung des Marxismus überzugehen. Die offen marxistischen und offensiven Einlassungen des Zeugen Abendroth wurden ein wichtiges Moment des Freispruchs für Agartz“ (*Heinz Jung*).

Viel ist über Wolfgang Abendroth geschrieben worden, und viel noch heute Interessantes hat er publiziert: *Die deutschen Gewerkschaften (1954)*; *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie (1964)*; *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung (1965)*; *Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung (1985)*. Über Abendroths Leben und Werk informiert u.a. „Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat“ von Andreas Diers. [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de) Franz Kersjes

## Fußball war einmal ein Arbeitersport

Jeden Nachmittag trafen wir uns auf dem Bolzplatz und spielten mit allem, was entfernt wie ein Ball aussah. Manchmal reichte uns eine Blechdose, denn einen Lederfußball oder gar Fußballschuhe besaßen wir in den Nachkriegsjahren nicht. Aber wir Straßenfußballer hatten unseren Spaß. Wir brauchten keine festen Regeln und auch keine tollen Vorbilder. In einer Mannschaft zu spielen, gemeinsam und solidarisch zu kämpfen, das war eine wichtige Erfahrung. Die Begeisterung, sich im Wettkampf mit anderen Jugendlichen zu messen, nahm erst allmählich konkretere Formen an. Die Jungs aus der Elsasstraße spielten gegen die aus der Vondelstraße, und ganz hoch im Kurs standen die Jungs aus der Mainzer Straße. Am Wochenende konzentrierte sich die Fußballbegeisterung auf die Mannschaften von Union 05 und KBV, die in der Kölner Südstadt dominierten. Und nachdem die Oberliga West entstanden war, zog es uns oft auch ins Kölner Stadion.

### **Geld wurde immer wichtiger**

Straßenfußballer waren vor allem in den Arbeitervierteln der Städte anzutreffen – kein Wunder, denn das Fußballspielen war einst Bestandteil der Arbeitersportbewegung. Aber das ist lange her.

Als später meine Söhne in einem kleinen Kölner Kreisklassenverein in der E-Jugend mit dem organisierten Fußballspielen begannen, prägten die Leitfiguren aus dem Profifußball bereits die Träume und Wünsche vieler junger Menschen. Doch Sponsoren für die kleinen Vereine gab es kaum, ebenso wenig finanzielle Unterstützung durch den Fußballver-

band. Es waren überwiegend die Eltern, die alles ehrenamtlich und mit viel Idealismus für Kinder organisierten. Allerdings beobachteten Talentsucher bereits die Spiele der E- und F-Jugend, um die begabtesten Jungs von den mittellosen Kreisklassenvereinen zu den Proficlubs zu locken. Mit einem Handgeld für die Eltern und vielen Versprechungen entstanden Erwartungen, die sich oft nicht erfüllten. Es begann die Zeit, in der das Geld wichtiger wurde als das Fußballspielen.

### **Initiativen im Mittelpunkt**

In späteren Jahren habe ich mich zur Verantwortung als ehrenamtlicher Leiter der Fußballabteilung eines kleinen Sportvereins drängen lassen. Ich habe in dieser Zeit die Erfahrung machen müssen, dass von Sportförderung in diesem Land kaum die Rede sein kann. Fast alles bleibt der Initiative der aktiven Vereinsmitglieder, der Eltern der Jugendlichen und echter Sportfreunde überlassen. Die meisten kleinen Vereine haben kein Geld, um sich wenigstens den einen oder anderen ausgebildeten Sportlehrer für ein kleines Salär leisten zu können. Außer einigen geringfügigen Beiträgen, die von den Kommunen für die Jugendsportförderung zur Verfügung gestellt werden, gibt es weder von den millionenschweren Profivereinen noch von Verbänden finanzielle Unterstützung.

### **Nur noch Mittelmaß**

Wesentliche Ursache für das Mittelmaß, das zurzeit im deutschen Profifußball beklagt wird, ist die fehlende Förderung des Breitensports in der Vergangenheit. Es gab und gibt Modelle, die zeigen, was auf diesem Gebiet

sinnvoll und möglich ist. Bereits vor zwanzig Jahren nahm einer meiner Söhne in den Sommerferien an einem internationalen Jugendfußball-Internat in Frankreich teil. Viele junge Fußballspieler aus Europa konnten ohne Vorbedingungen dabei sein. Der französische Profiverein Girondins Bordeaux stellte seine Clubanlage zur Verfügung und sorgte gegen geringes Entgelt für Unterkunft und Verpflegung der Jugendlichen. Zeitweise ließ er sie mit den Profis trainieren und im Stadion vor dem Meisterschaftsspiel auftreten. Kinder- und Jugendfußball bedeuteten schon damals in Frankreich viel.

### **Fußball als Event**

In Deutschland wird den Fernsehkonsumenten heute eine Scheinwelt vermittelt. Fußball wird als Event inszeniert und hat mit echter Begeisterung wenig zu tun. Deutscher Spitzenfußball ist im internationalen Vergleich nur noch Mittelmaß und stark abstiegsgefährdet. „Toptalente, bei denen spielerische Klasse und Charakter gemeinsam vorhanden sind, müssen wir mit der Lupe suchen“, erläutert Dieter Hoeneß, Manager bei Hertha BSC Berlin. Obwohl Millionen Kinder und Jugendliche vom Fußballspielen begeistert sind, finden sie nur selten eine gute und kontinuierliche Förderung. Straßenfußballer gibt es kaum noch. Talente werden nur noch gefördert, wenn sie sich vermarkten lassen. Die „schönste Nebensache der Welt“ ist zu einem Geschäft verkommen. Wer dem Fußball wieder auf die Beine helfen will, der muss sich intensiv und glaubwürdig um die Jugend und um die Förderung des Breitensports kümmern. *Franz Kersjes*

**Blick zurück: 140 Jahre Buchdruckerverband****Dreigroschenstreik und Arbeitersolidarität**

Vom Buchdruckerverband zum ver.di-Fachbereich 8 – das ist nicht nur ein riesiger Zeitsprung. Es war eine unruhige, Furcht erregende Zeit, als sich die Buchdrucker vom 20. bis 22. Mai 1866 in Leipzig zu ihrer Gründungsverammlung trafen. Zwischen Preußen und Österreich drohte Krieg. Würden wegen des Problems der nationalen Einigung österreichische Infanteristen nach Berlin oder preußische Grenadiere nach Wien marschieren? In Leipzig war man für Österreich, in Berlin für Preußen. Gleichzeitig herrschten heftige soziale Spannungen, und Berlin litt unter einer Hungersnot. Durch die fortschreitende und sich beschleunigende Industrialisierung war neben die nationale die soziale Frage getreten. Zwar war Deutschland damals noch ein Agrarstaat; aber mit dem Vormarsch des industriellen Kapitalismus strömten immer mehr Menschen auf der Suche nach Lohn und Brot in die Städte. Der Entwurzelung folgte die Wohnungsnot; der Ausbeutung bei Niedrigstlöhnen und 78-Stunden-Wochen folgten Mangelernährung und Krankheit. Hinzu kam die erzwungene politische Unmündigkeit. Ein freies Vereinsrecht gab es nicht; und Frauen waren von allen politischen Aktivitäten ausgeschlossen. Auch sonst besaß die Arbeiterklasse kaum politische Rechte. In Preußen herrschte das Dreiklassenwahlrecht. Der Wahlzettel zählte umso mehr, je größer der Geldbeutel der Wähler war. In Watten-scheid brachte die Wahlentscheidung eines Reichen über 1000mal mehr Stimmen als die eines Industriearbeiters.

Trotzdem hatten die Arbeiter begonnen, sich zu organisieren. Sie

bewegten sich damit am Rande der Legalität, auch die Buchdrucker, als sie zu Pfingsten vor 140 Jahren zu ihrem Gründungskongress zusammentraten. Die Genehmigung wurde ihnen von der ‚königlichen Kreisdirektion‘ nach einem halben Jahr Wartezeit gnädig „für diesmal“ erteilt. Die Gründung unter heute kaum vorstellbaren äußeren Bedingungen hatte eine längere Vorgeschichte. Mit auslösend wirkte der so genannte Dreigroschenstreik, mit dem ein Jahr zuvor Leipziger Buchdrucker einen besseren Akkordtarif durchsetzen wollten. Der Streik, der finanziell so gut wie nichts brachte, bedeutete trotzdem einen Erfolg: Er löste weit über Leipzig und weit über die Buchdruckerbranche hinaus solidarische Aktionen aus, vor allem Geldsammlungen für die Streikenden; damit trug er sehr zur Entwicklung eines gemeinsamen Arbeiterbewusstseins bei.

Eine weitere Folge des Dreigroschenstreiks war der Beschluss zur Trennung von der liberal beeinflussten Gedankenwelt des Bürgertums. Die Buchdrucker, die unter den damals schwierigen Bedingungen einen überregionalen Zusammenschluss anstrebten, entschieden sich für parteipolitische Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit bezog sich damals auch auf die beiden sozialistischen Organisationen, die unter Ferdinand Lassalle und August Bebel etwa in der gleichen Zeit als Wurzeln der späteren Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entstanden.

Richard Härtel, der am Pfingstsonntag 1866 den Kongress eröffnete und in der Literatur als besonnener und pragmatischer

Mann beschrieben wird, erklärte: „Resolutionen sind in den letzten Jahren zur Genüge gefasst; fügen wir nicht neue hinzu, sondern bewegen wir uns ausschließlich auf dem praktischen Gebiet!“ Und das war zu Allererst die Durchsetzung eines einheitlichen Buckdruckertarifs. Weitere wichtige Beschlüsse richteten sich, ganz im Sinn Härtels, nach dem damals möglicherweise mittelfristig Erreichbaren: Koalitionsfreiheit, Unterstützungskassen, Produktivgenossenschaften. „Das Wichtigste, die Begründung des Deutschen Buchdruckerverbandes, erfolgte“, wie später ein Chronist schrieb, „wie nebenher als eine Selbstverständlichkeit“. Es wurde aber nicht Richard Härtel, sondern Berthold Feistel aus Berlin zum Vorsitzenden gewählt. Eine Satzung wurde nicht beschlossen; man blieb nach außen hin auch bei dem losen Zusammenschluss eines ‚Vereinstages‘, um der ‚Obrigkeit‘ möglichst wenige formale Handhabe für Restriktionen und Verbote zu bieten.

Der Beginn der gewerkschaftlichen Arbeit stand unter keinem guten Stern; denn Anfang Juli 1866 begann der befürchtete Krieg zwischen Österreich und Preußen. Dem glorreichen, gefeierten Sieg preußischer Militärs standen eine wirtschaftliche Krise und soziales Elend gegenüber. Hungersnot, Cholera, Tote, Brachliegen vieler Druckereibetriebe führten dazu, dass der Deutsche Buchdruckerverband als eine der ersten Gewerkschaften überhaupt bis gegen Ende des Gründungs- und des Kriegsjahres 1866 warten musste, ehe er seine Arbeit wirklich aufnehmen konnte. *Claus Floeder*

## Deutschland is(s)t unmündig

In Deutschland werden Verbrauchern Informationsrechte vorenthalten, die in anderen Ländern gang und gäbe sind. Die Fleischskandale der vergangenen Monate haben mehr als deutlich gemacht, dass in der deutschen Lebensmittelwirtschaft und in der staatlichen Überwachung gravierende Missstände herrschen. Doch verbesserte Kontrollen und wirkungsvolle Strafandrohungen reichen nicht aus, um ein selbstregulierendes System zu schaffen. Dafür muss die Lebensmittelwirtschaft für die Bürger durch weitgehende Informationsrechte transparent werden. Erst dadurch werden Hersteller und Handel sowie Behörden gezwungen, vorsorgend im Interesse der Bürger zu handeln.

Längst veröffentlichen die für den

Verbraucherschutz zuständigen Behörden in den USA, in Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen wichtige Informationen umfassend und leicht zugänglich, darunter im Internet. Die Verbraucher werden auf mangelhafte Produkte und laufende Verfahren gegen Lebensmittelunternehmen hingewiesen. In über fünfzig Staaten weltweit gilt der Grundsatz: Offenbarung von Behördenwissen geht vor Geheimhaltung. Nicht so in Deutschland. Den Deutschen werden solche Informationen vorenthalten; damit werden fundamentale Bürgerrechte beschnitten.

Ein Verbraucherinformationsgesetz muss die Gleichberechtigung der Bürger als Marktteilnehmer schaffen. Dazu ist der uneingeschränkte Zugang zu behördlichen Informationen über Missstände im

Lebensmittelsektor, über Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen, über Verfahren gegen Unternehmen und über Produkte nötig, die gesundheitsschädlich sein können.

In Seehofers Ministerium sieht man das bislang noch anders, wie sein jüngster Gesetzentwurf zeigt. Darin wird eine Reihe von Möglichkeiten offeriert, um den Bürgern wesentliche Informationen zu verweigern. Damit sich das ändert, hat die Initiative *foodwatch* einen Gegenentwurf zum Verbraucherinformationsgesetz des Ministers präsentiert und eine Mitmach-Aktion gestartet. An der Initiative sollten sich möglichst viele Verbraucher beteiligen und damit dokumentieren, dass sie in Zukunft über Lebensmittel genauso viel wissen wollen, wie die Behörden.

[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

### NachDenkSeiten

Die kritische Homepage

Das Projekt geht auf die Initiative von Albrecht Müller und Wolfgang Lieb zurück. Beide haben sich beruflich mit politischer Kommunikation und öffentlichen Meinungsbildungsprozessen und ihrer Wirkung auf die Qualität politischer Entscheidungen beschäftigt. Hinter dem Projekt steckt kein geschäftliches Interesse. Seine Realisierung folgt allein der Idee, etwas gegen die Einseitigkeit und Flachheit der öffentlichen Debatte tun zu wollen und dazu das Medium Internet zu nutzen.

**NachDenkSeiten** wollen die Qualität der öffentlichen Meinungsbildung und damit auch die Qualität der politischen Entscheidungen fördern.

[www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

## DGB-Rechtsschutz erstritt 444 Millionen Euro

Die DGB-Rechtsschutz-GmbH hat im vergangenen Jahr 145.000 neue Verfahren bearbeitet und allein in jenem Zeitraum für die Mandanten insgesamt 444 Millionen Euro erstritten. Davon entfielen 324 Millionen auf arbeitsrechtliche und 120 Millionen Euro auf sozialrechtliche Verfahren. Rund 45 Prozent der arbeitsrechtlichen Verfahren betrafen Kündigungsschutzklagen, von denen der DGB-Rechtsschutz mehr als 85 Prozent gewann bzw. mit mindestens einem Vergleich oder Teilerfolg abschloss. Bei 44 Prozent aller arbeitsrechtlichen Streitigkeiten ging es um Auseinandersetzungen über Löhne und Gehälter.

Gegenüber früheren Jahren hat es einen deutlichen Anstieg der Streitigkeiten über die Arbeitslosenunterstützung gegeben. Dies liegt an der Klagewelle gegen

Bescheide über das Arbeitslosengeld (ALG) II. Allein die DGB-Rechtsschutz-GmbH hat im vergangenen Jahr für ihre Mandanten 12.000mal Widerspruch bzw. Klage gegen ALG-II-Bescheide eingelegt. In der Sache geht es dabei meistens um Anrechnung von Einkommen und Vermögen, Bedarfsgemeinschaften und Kosten für angemessenen Wohnraum. Zur Verfassungsmäßigkeit der Höhe von Arbeitslosengeld II führt die Rechtsschutz-GmbH mehrere Musterklagen.

Die DGB-Rechtsschutz-GmbH ist die größte deutsche und europäische Fachkanzlei auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts. Sie ist in 62 Arbeitseinheiten mit 120 Büros und 55 Informationsstellen erreichbar.

[www.dgbrechtsschutz.de](http://www.dgbrechtsschutz.de)



## Kreditpiraten

**Im Kapitalismus gibt es keine Skrupel. Nur die Profite zählen. Und die Banken spielen mit. Zahlreichen mittelständischen Betrieben drohen feindliche Übernahmen durch anglo-amerikanische Investoren.**

Hedgefonds verfügen weltweit über gigantische Finanzmittel und suchen dafür nach immer neuen Anlagemöglichkeiten. Sie kaufen von deutschen Banken Firmenkredite, obwohl es keine Probleme mit der Bedienung der Zinsen oder der Rückzahlung gibt. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* sind bis zu 15.000 deutsche Unternehmen für internationale Firmenaufkäufer von Interesse. „Im schlimmsten Fall stellen sie die Schulden bei nächster Gelegenheit fällig und tauschen das geliehene Geld dann in Firmenanteile um. Damit erhalten sie die Kontrolle über das Unternehmen. Dann wird restrukturiert, filetiert und - abkassiert.“

Die deutschen Banken ziehen sich immer mehr aus der Finanzierung des Mittelstands zurück und kennen auch keine Skrupel, „die Kredite ihrer langjährigen

Kunden an aggressive Aufkäufer weiterzureichen“, berichtet das Nachrichtenmagazin. „Mit gewissen Regionen und Branchen wollen sie nichts mehr zu tun haben. Zu riskant, meinen die hausinternen Risikoexperten. Die Zeiten des fürsorglichen Hausbankiers, der mit den Unternehmern jahrzehntelang durch dick und dünn geht, gehören der Vergangenheit an.“

Viele Firmen fühlen sich verraten und verkauft. Manche Unternehmer können sich immer noch nicht vorstellen, dass ihre Hausbank die gewährten Firmenkredite ohne Zustimmung des Kreditnehmers an andere Geldinstitute verkaufen darf. Die Kreditkäufer haben unterschiedliche Interessen. Gemeinsam ist ihnen jedoch das Ziel, hohe Renditen zu erreichen, sei es durch Ausplünderung, Weiterverkauf oder Sanierung des Unternehmens bei rigorosem Arbeitsplatzabbau.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind häufig verheerend. Aber der Gesetzgeber tut wieder einmal nichts, um die Profitgier zu stoppen. –es.

\* \* \* \*

### Buchtipps

Uli Röhm, Wilfried Voigt

#### **Tatort Autobahn**

Die Transportmafia

*Campus Verlag, 222 Seiten, 19,90 €*

Korruption und Scheinselbstständigkeit, gefälschte Papiere und manipulierte Fahrtenschreiber, übermüdete Fahrer und technische Mängel: Das ist auf Deutschlands Straßen düstere, aber alltägliche Realität. Organisierte Kriminalität in der Speditionsbranche verursacht gewaltige

Schäden und stellt ein enormes Sicherheitsrisiko dar.

Die Wirtschaftsjournalisten Uli Röhm und Wilfried Voigt enthüllen – basierend auf jahrelangen Recherchen – kriminelle Machenschaften im Transportgewerbe. Die Autoren verfügen über hervorragende Kontakte zu den entscheidenden Behörden wie Zollfahndung, BKA, Polizei und Staatsanwaltschaften. **Tatort Autobahn** ist ein überfälliges Schwarzbuch der Transportbranche, das brisante Hintergrundinformationen bietet.

### Kommentar **Umverteilung**

Die Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) plant weitere steuerliche Entlastungen für Unternehmen. Konzerne können auf deutlich weniger Körperschaftsteuer hoffen. Medienberichten zufolge erwägt das Bundesfinanzministerium, diese Steuer von derzeit 25 Prozent auf bis zu zwölf Prozent zu reduzieren. Insgesamt soll die Belastungsquote der Kapitalgesellschaften einschließlich Solidaritätsbeitrag und Gewerbesteuer auf unter 30 Prozent gesenkt werden. Arbeitnehmer und Verbraucher werden die steuerpolitische Zeche zahlen, indem sie dann rund 36 Milliarden Euro mehr zur Finanzierung öffentlicher Haushalte aufbringen müssen.

Die Koalition von Kapital und Politik ist unerträglich und muss beendet werden! Nehmen wir uns ein Beispiel an den Franzosen! Sie haben gezeigt, wie man erfolgreich Widerstand gegen die Politik der Herrschenden leistet. Also, Leute: Auf die Barrikaden!

*Franz Kersjes*

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35  
Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.